

Kerem Öktem

Grenzen der Autokratisierung oder Autokratisierung ohne Grenzen? Die Türkei und die Wahlen von Mai 2023

Abstract

Limits of Autocratisation or Autocratisation beyond Limits? – Turkey and the May 2023 Elections

Turkey under the AKP has become a paragon of autocratisation and competitive authoritarianism. However, as of yet, no consolidated autocracy has emerged. This study explores the factors that have obstructed Turkey's autocratisation process by examining the country's democratic legacy, the power of ideologically diverse political parties and the coordination between them, the perseverance of civil society, and instances of noncompliance within the state apparatus. This study also takes into account the impact of recent crises: The exacerbating economic crisis and the regime's botched response to the earthquake of 6 February 2023 laid bare the dysfunctionality of Hyper-Presidentialism, while opposition municipalities succeeded in demonstrating a credible alternative to the AKP's neoliberal authoritarianism. As the elections of May 2023 show, however, these factors have not been sufficient for a transfer of power. The future of politics in Turkey will depend on the opposition's perseverance and the regime's ability to deepen autocratic governance.

Prof. Dr. Kerem Öktem

studierte an der TU Hamburg-Harburg und der Universität Oxford. Promotion, danach wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for European Studies sowie Lecturer in Oxford. 2014–2019 Professor für Türkei studien an der Uni Graz, seit 2021 Professor für Internationale Beziehungen an der Ca' Foscari Universität Venedig. Vorsitzender des Consortium for European Studies on Turkey, Mitglied der Gesellschaft für Turkologie, Osmanistik und Türkei forschung, der SOG, sowie Alumni der IPC-Stiftung Mercator Initiative. Gastprofessur an der Northwestern University. Arbeitsschwerpunkte: Türkei-EU-Beziehungen, Muslime in Südosteuropa, Autokratisierung, Demokratisierung.

Kontakt: Kerem.oktem@unive.it

Der Beitrag wurde fertig gestellt im Mai 2023.

Einleitung

Wie wichtig sind Wahlen in einem kompetitiv-autoritären Regime, also in einem Kontext, in dem demokratische Grundwerte und Institutionen weitgehend kompromittiert sind, aber Wahlen trotzdem stattfinden? In der einschlägigen Literatur ist die Erwartung, dass diese Wahlen zwar durchaus einen realen Machtkampf darstellen und von der Regierungspartei wie von der Opposition ernsthaft bestritten werden, dass aber keine Chancengleichheit besteht.¹ In einem Regime, in dem die Grenzen zwischen Staat und Partei nur mehr scheinhaft sind, ist zu erwarten, dass der Amtsinhaber mit allen Mitteln seine Macht verteidigt, vom Einsatz öffentlicher Ressourcen und gewalttätiger Provokationen gegenüber der Opposition während des Wahlkampfes bis hin zur Manipulation der Wahlen selbst und Fälschung der Wahlergebnisse. Unter den Bedingungen des kompetitiven Autoritarismus ist ein Machtwechsel nicht ausgeschlossen, aber sehr unwahrscheinlich.

Seit über einem Jahrzehnt ist die Türkei zum Paradebeispiel eines autokratischen Staatsumbaus (autocratization) geworden, der unter Führung der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt / Adalet ve Kalkınma Partisi) in der Etablierung eines kompetitiv-autoritären Systems² kulminiert ist. Der vereitelte Militärputsch vom 15. Januar 2016, während dessen verschiedene Fraktionen des Militärs und der Gülen-Bewegung³ die AKP-Regierung zu stürzen versuchten, die darauffolgende Aushebelung des Rechtsstaates, die Aufhebung demokratischer Grundrechte und die Entlassung von mehr als 120.000 Beamtinnen und Beamten markieren den „Austritt der Türkei aus der Demokratie“ und den Beginn des „Erdoğan-Regimes“.⁴ In den kurdischen Gebieten ist zudem die lokale Demokratie effektiv aufgehoben. Gewählte BürgermeisterInnen der pro-kurdischen HDP (Demokratische Partei der Völker / Halkların Demokrasi Partisi) wurden des Amtes enthoben und inhaftiert, während ihre Stellen mit inkompetenten Treuhändern der Zentralregierung besetzt wurden.⁵

Mit der Verfassungsänderung in Folge eines fragwürdigen Referendums – ausgetragen 2017 unter den Restriktionen des nach dem Putschversuch ausgerufenen Ausnahmezustandes – ist das Land seit 2018 auch de jure ein Präsidialregime, in dem keine Gewaltenteilung mehr besteht und das Parlament keine effektive Kontrollfunktion mehr besitzt. Das Rechtssystem und vormals unabhängige Institutionen wie die Zentralbank oder der Hohe Wahlrat sind mit Erdoğan-Anhängern durchsetzt und oft weder fähig noch willens, sich gegen Anweisungen des Präsidenten zu behaupten. Das Regime stützt sich auf eine Kombination aus autoritärem Neoliberalismus, populistischer Rhetorik und einem zunehmend neo-

- 1 Steven Levitsky / Lucan A. Way, *The New Competitive Authoritarianism*, in: *Journal of Democracy*, Jg. 31, Nr. 1 (2020), S. 51–65; *Dies.*, *Elections Without Democracy – The Rise of Competitive Authoritarianism*, in: *Journal of Democracy*, Jg. 13, Nr. 2 (2002), S. 51–65.
- 2 Antonino Castaldo, *Populism and Competitive Authoritarianism in Turkey*, in: *Southeast European and Black Sea Studies*, Jg. 18, Nr. 4 (2–18) 2018, S. 467–487; Berk Esen / Sebnem Gumuscu, *Rising Competitive Authoritarianism in Turkey*, in: *Third World Quarterly*, Jg. 37, Nr. 9 (2016), S. 1.581–1.606. Für die Einordnung des Konzeptes in den südosteuropäischen Kontext siehe: Florian Bieber, *Patterns of Competitive Authoritarianism in the Western Balkans*, in: *East European Politics*, Jg. 34, Nr. 3 (2018), S. 337–354.
- 3 Für einen soliden Überblick zur Gülen-Bewegung als religiös-politisches Netzwerk siehe trotz der Kontroversen um die wissenschaftliche Integrität der Herausgeberin: Dokumentationsstelle Politischer Islam, *Die Gülen-Bewegung*, Grundlagenpapier Nr. 4, Wien: Österreichischer Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus, 2021.
- 4 Kerem Öktem / Karabekir Akkoyunlu (Hg.), *Exit from Democracy – Illiberal Governance in Turkey and Beyond*, London: Routledge 2018.
- 5 Serhat Tutkal, *Trustees Instead of Elected Mayors – Authoritarian Neoliberalism and the Removal of Kurdish Mayors in Turkey*, in: *Nationalities Papers*, Jg. 50, Nr. 6 (2022), S. 1.164–1.186.

patrimonialen Habitus, einhergehend mit einer Militarisierung und Ent-Europäisierung des politischen Feldes.⁶

In Anbetracht der nahezu totalen Machtkonzentration in der Hand des Präsidenten, der Abwesenheit jeglicher Instanzen der Machtkontrolle und der Präsenz eines soliden ideologischen Bezugsrahmens in Form des politischen Islams wären eine Konsolidierung des autoritären Systems um Erdoğan und eine weitgehende Aussetzung demokratischer Entwicklungen zu erwarten. Dieser Beitrag soll erläutern, warum trotz der rapiden Autokratisierung in der Türkei bislang kein konsolidiertes autoritäres Regime, vergleichbar etwa mit dem in Russland oder Ägypten, entstanden ist. Vielmehr setzt ein Konglomerat struktureller Beschaffenheiten des politischen Feldes in der Türkei einer autokratischen Konsolidierung Grenzen, während akute Problemlagen einen fast gleichzeitigen Machtverlust des AKP-Regimes herbeigeführt und sichtbar gemacht haben. Dieser Beitrag untersucht diese das autoritäre Regime begrenzenden Faktoren, mit einem besonderen Augenmerk auf das demokratische Erbe der Türkei (*democratic legacy*), der relativen Macht politischer Parteien, dem Beharrungsvermögen der Zivilgesellschaft und dem oft unsichtbaren Widerstand gegen Autokratisierungsprozesse im Staatsapparat. Diese Faktoren können wir unter dem Begriff der „demokratischen Resilienz“ (*democratic resilience*) zusammenfassen.⁷ Unter den akuten Problemlagen, die das Projekt einer „totalen Herrschaft“ der AKP zurückdrängen, sind die Folgen der Wirtschaftskrise und des Erdbebens vom 6. Februar 2023 hervorzuheben sowie die Wirkung der von der Opposition seit 2019 regierten Kommunalverwaltungen. Während das Zusammenwirken dieser Faktoren die Konsolidierung eines robusten Autoritarismus bislang verhindert hat, zeigen die Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 14. und 28. Mai 2023 jedoch, dass sie für einen Regimewechsel allein nicht ausreichend sind.

Strukturelle Hindernisse einer autokratischen Konsolidierung: Demokratische Resilienz und autoritäre Machtfragmentierung

Debatten zur Autokratisierung und zur demokratischen Rückentwicklung (*democratic backsliding*) untersuchen die Entwicklungsrichtung des politischen Felds in einem Land und messen die Verschlechterung der Qualität des demokratischen Systems. Dabei rückt die Bedeutung historischer Erfahrungen und ihrer Wirkungen in der Gegenwart in den Hintergrund. Neuere Forschungen zum demokratischen Erbe (*democratic legacy*) besonders des Varieties of Democracy Institute hingegen weisen auf die Bedeutung „demokratischer

6 Görkem Altınörs / Ümit Akçay, Authoritarian Neoliberalism, Crisis, and Consolidation – The Political Economy of Regime Change in Turkey, in: *Globalizations*, Jg. 19, Nr. 7 (2022), S. 1.029–1.053; Ümit Akçay, Neoliberal Populism in Turkey and its Crisis, Berlin: Berlin School of Economics and Law, Institute for International Political Economy 2018; Fatih Çağatay Cengiz, Proliferation of Neo-patrimonial Domination in Turkey, in: *British Journal of Middle Eastern Studies*, Jg. 47, Nr. 4 (2020), S. 507–525; Alper Kaliber, De-Europeanisation of Civil Society and Public Debates in Turkey – The Kurdish Question Revisited, in: *South European Society and Politics (SESP)*, Jg. 21, Nr. 1 (2016), S. 59–74.

7 Luca Tomini / Suzan Gibril / Venelin Bochev, Standing up against Autocratization across Political Regimes – A Comparative Analysis of Resistance Actors and Strategies, in: *Democratization*, Jg. 30, Nr. 1 (2023), S. 119–138; Anna Lührmann, Disrupting the Autocratization Sequence – Towards Democratic Resilience, in: *Democratization*, Jg. 28, Nr. 5 (2021), S. 1.017–1.039; Vanessa A. Boese / Amanda B. Edgell / Sebastian Hellmeier / Seraphine F. Maerz / Staffan I. Lindberg, How Democracies Prevail – Democratic Resilience as a Two-stage Process, in: *Democratization*, Jg. 28, Nr. 5 (2021), S. 885–907.

Erfahrungen“ und eines „demokratischen Grundbestandes“ (*democratic stock*) hin, welche die Zukunftsperspektiven der Regimeentwicklung nachhaltig beeinflussen.⁸

Konkret bedeutet dies, dass Erfahrungen mit demokratischen Prozessen, Erinnerungen an durch Wahlen ermöglichte Regierungswechsel und die Rückbesinnung auf unabhängige Institutionen sich zu der Einschätzung verdichten können, dass diese demokratischen Errungenschaften wünschenswerter sind als die autokratische Gegenwart und somit die Erwartung wecken, dass sie wiederhergestellt werden können. Diese Erwartung trifft besonders für Generationen zu, die selbst demokratische Erfahrungen gesammelt haben; sie erstreckt sich aber teilweise auch auf die nächste Generation, die sich aufgrund der Erfahrungen von Familienmitgliedern, öffentlicher Diskussionen sowie eigener Erlebnisse während Protestaktionen und Demonstrationen ein weniger repressives politisches Feld zumindest vorstellen können. Inwiefern diese Erfahrungen und Erinnerungen politisch relevant werden hängt natürlich davon ab, inwieweit Akteure im politischen Feld wie Oppositionsparteien und zivilgesellschaftliche Organisationen auf diesen Erfahrungen aufbauen und sie für eine demokratische Transformation mobilisieren können.

Aufgrund des schrittweisen autokratischen Umbaus der Türkei – eine Aufhebung demokratischer Grundrechte und die Erosion der demokratischen Legitimität der AKP-Regierungen setzt erst mit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 ein – sind diese demokratischen Erfahrungen noch sehr präsent und der „demokratische Grundbestand“ weitgehend bekannt. Trotz der mittlerweile offen demokratiefeindlichen und auf Erdoğan's Führerrolle gemünzten Rhetorik des AKP-Regimes sieht eine überragende Mehrheit der Bevölkerung eine demokratisch gewählte Regierung als die einzig legitime Regierungsform an und versteht Demokratie unter anderem als ein System, in dem die Rechte von Minderheiten und der Opposition respektiert werden. Das aktuelle türkische politische System wird dabei als demokratisch stark defizitär eingeschätzt.⁹ Demokratische Erwartungen sind also trotz der autokratischen Gegenwart weiterhin stark verwurzelt, allerdings trifft dies weniger auf die 18–34-Jährigen zu, deren politische Teilnahme erst in den AKP-Jahren begann. Zur Kritik des *democratic legacy*-Ansatzes kann übrigens hervorgebracht werden, dass es in der Form von Militärputschen und gewaltbereiter Anti-Demokraten in der Türkei auch durchaus ein „autokratisches Erbe“ gibt.

Die Macht politischer Parteien und die Koordination der Opposition

Anders als in konsolidierten Autokratien wie etwa in Russland, in denen Oppositionsbewegungen von charismatischen Oligarchen oder Ad-hoc-Sammlungsbewegungen geführt werden, und mehr noch als in Ungarn und Polen, ist das politische Feld in der Türkei durch historisch gewachsene, konsolidierte Parteien bestimmt, die durch differenzierte ideologische Ausrichtungen und Verwurzelung in klar bestimmten gesellschaftlichen Milieus ausgezeichnet sind. Darüber hinaus verfügen sie über „institutionelle Gedächtnisse“, die eine verstärkende Rolle für den Bezug auf demokratische Erfahrungen spielen, auch wenn die internen Strukturen dieser Parteien durchaus autoritäre Strukturen aufweisen können.¹⁰ Die Republikanische Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi/CHP*) ist Nachfolgerin der

8 Amanda B. Edgell / Matthew C. Wilson / Vanessa A. Boese / Sandra Grahn, *Democratic Legacies – Using Democratic Stock to Assess Norms, Growth, and Regime Trajectories*, Working Paper, Gothenburg: The Varieties of Democracy Institute (VDEM), 2020.

9 Evren Balta / Hatem Ete, *Türkiye’de Toplum-Siyaset-Devlet İlişisine Bakmak* (Perspektiven auf die Beziehungen zwischen Gesellschaft-Politik-Staat in der Türkei), Ankara: Ankara Enstitüsü, 2023 sowie *dies.*, *Türkiye’de Demokrasi, Güvenlik, Devlet Algısı* (Wahrnehmungen von Demokratie, Sicherheit und Staat in der Türkei), Ankara: Ankara Enstitüsü and Istanbul Politikalar Merkezi, 2022.

10 Şebnem Yardımcı-Geyikçi, *Party Institutionalization and Democratic Consolidation*, in: *Party Politics*, Jg. 21, Nr. 4 (2013), S. 527–538.

politischen Fraktion, die den türkischen Unabhängigkeitskrieg in den 1920er Jahren geführt und unter Führung Mustafa Kemal Atatürks die Republik gegründet hat. Somit blickt sie auch auf eine Zeit als Regierungspartei im Einparteienstaat der frühen Republik zurück, hat sich aber zu einer sozialdemokratischen Partei entwickelt, die nicht mehr nur von „Kemalisten“ und der alten säkularen Mittelklasse gewählt wird, sondern auch im Mitte-Links-Spektrum Zuspruch findet.

Die pro-kurdische, sozialistische Partei Demokratische Partei der Völker/HDP, die aufgrund eines anhängigen Verbotsverfahrens unter dem Mantel der Grün-Linken-Partei/YSP antritt, stützte sich besonders auf die politisch mobilisierten KurdInnen und tritt für Minderheitenrechte und die Demokratisierung der ganzen Türkei ein. Sie wird daher auch von SozialistInnen und LGBTQ-Bewegungen unterstützt. Die İYİ Parti (Gute Partei) ist eine Abspaltung der aktuell mit der AKP koalierenden extrem-rechten Nationalistischen Bewegungspartei (Milliyetçi Hareket Partisi/MHP). Sie nimmt das nationalistische Erbe von Alparslan Türkeş in Anspruch, strebt aber, ähnlich wie die Front National in Frankreich und die Fratelli d'Italia, die politische Mitte an.

Als Foren der politischen Mobilisierung ermöglichen Parteien auch unter den Restriktionen autokratisierender Regime eine organisierte Gegenöffentlichkeit. Besonders wichtig ist die Verbreitung regierungskritischer Informationen in einem Kontext, in dem fast die gesamte Medienlandschaft von regime-nahen Veröffentlichungen dominiert ist. Besonders während der Wahlkampfperioden können diese Parteien ihre Anhängerschaft auch kurzfristig mobilisieren.

Die Vielfalt der türkischen Parteienlandschaft und ihrer teils unvereinbaren ideologischen Differenzen hat natürlich eine Kehrseite, die sich in der Fragmentation der Opposition ausdrückt. Auch können kompetitiv-autoritäre Systeme oppositionelle Parteien gut in ihre Herrschaftsstruktur integrieren, solange diese ihre relative politische Irrelevanz akzeptieren und ihre Rolle als legitimierender Faktor des Systems spielen. Für eine lange Zeit war dies die Situation der Oppositionsparteien in der Türkei, deren Reaktion auf die Autokratisierung der AKP-Regierungen anfangs sehr zögerlich war. Diese Haltung änderte sich erst nach dem Putschversuch von 2016, mit dem der zunehmend autoritäre Charakter des Erdoğan-Regimes offenkundig wurde. Die nicht mehr demokratisch legitimierte Einführung des Präsidialsystems 2017 schließlich wurde zum Wendepunkt. Seitdem stehen fast alle Oppositionsparteien, geführt von der CHP und ihrem Parteivorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu, in einem engen Dialog. Dieser Dialog stellte die Grundlage für die Gründung des formellen „Bündnisses der Nation“ für die Präsidial- und Parlamentswahlen von 2018. Das Bündnis bestand neben der federführenden CHP aus der rechts-nationalistischen İYİ Parti, zwei von AKP-abtrünnigen Politikern gegründeten neuen Parteien (Partei der Zukunft / Gelecek Partisi des früheren Außen- und Premierministers Ahmed Davutoğlu und Demokratie und Fortschrittspartei / Demokrasi ve Atılım Partisi, des ehemaligen Wirtschaftsministers Ali Babacan) sowie einer kleineren, demokratisch gesinnten islamistischen Partei, der Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit) die, wie die AKP, aus der verbotenen islamistischen Wohlfahrtspartei hervorgegangen ist und ursprünglich den nicht-reformistischen Flügel der Partei vertrat. Dieses Bündnis war aber zuerst nicht sehr erfolgreich.

In den Kommunalwahlen vom Juni 2019 wurde das Bündnis wiederbelebt und ebnete – dank inoffizieller Absprachen mit der pro-kurdischen HDP – den Weg für einen Wahlerfolg der Oppositionsparteien in Istanbul, Ankara und zahlreichen weiteren Städten des Landes.¹¹

11 Berk Esen / Sebnem Gumuscu, Killing Competitive Authoritarianism Softly – The 2019 Local Elections in Turkey, in: SESP, Jg. 24, Nr. 3 (2019), S. 317–342.

Aufbauend auf dieser Zusammenarbeit entstand 2022 der „Sechsertisch“ (Altılı Masa), der die Parteivorsitzenden der führenden Oppositionsparteien in regelmäßigem Turnus zusammenbrachte mit dem Ziel, einen friedlichen Übergang zu einem „gestärkten parlamentarischen System“ zu gewährleisten.¹² Trotz interner Spannungen hat sich der Sechsertisch nach und nach zu einem Machtzentrum in der türkischen Politik profiliert und ist Beispiel einer erfolgreichen „Oppositionskoordination“ geworden,¹³ die weit über die Zusammenarbeit gegen einen gemeinsamen Feind hinausgeht.¹⁴ So legte der Tisch im Januar 2023 ein umfassendes Konsenspapier vor, das die Grundlinien einer gemeinsamen Politik zur Wiederherstellung demokratischer Institutionen nach einem Regierungswechsel absteckt. Die Kritik am Sechsertisch zielt vor allem auf sein demokratisches Defizit. Obwohl nur die CHP und İYİ Parti als Parteien mit einer Massenbasis bezeichnet werden können, haben die Vorsitzenden der kleineren Parteien (mit einer Wählerbasis von unter einem Prozent) gleiches Sprachrecht. Dies gibt ihnen unverhältnismäßigen Einfluss in den Entscheidungen des Gremiums und dank des Wahlbündnisses mit der CHP in der Parlamentswahl vom 14. Mai auch eine Überrepräsentation im Parlament, die in keinem Verhältnis zu ihren tatsächlichen Stimmen steht.

Die Achillesferse des Sechsertisches und des Bündnisses ist die verhaltene Zusammenarbeit mit der pro-kurdischen HDP. Obwohl drittgrößte Partei im Landesdurchschnitt und erste Kraft in den kurdischen Gebieten, wurde sie aufgrund des Widerstandes der rechtsnationalistischen İYİ Parti nicht in das Bündnis eingeladen. Dabei ist es eindeutig, dass ein Wahlerfolg für die Opposition bei den Parlaments- wie Präsidentschaftswahlen ohne die kurdischen Stimmen ausgeschlossen ist. Das informelle Übereinkommen zwischen dem Bündnis und der HDP ist politisch problematisch, da es die Vertreter der kurdischen Bewegung, die aufgrund der polarisierenden, anti-kurdischen Politik des AKP-Regimes als Terrorbewegung dargestellt wird, nicht offen als Kooperationspartner anerkennt. Dennoch hat sich die HDP geschlossen hinter die Präsidentschaftskandidatur von Kemal Kılıçdaroğlu gestellt, der sich als Einigungsfigur in einem sonst stark fragmentierten politischen Feld positionieren konnte.

Das Beharrungsvermögen der Zivilgesellschaft

Seit der Jahrtausendwende zeichnet sich die Zivilgesellschaft in der Türkei durch eine starke Expansion und Differenzierung aus. Besonders die Frauen- und Umweltbewegung wurde in diesen Jahren zu einem wichtigen Faktor im politischen Leben und verhinderte zahlreiche Projekte der AKP-Regierung wie etwa die Kriminalisierung des Ehebruchs und den Bau zahlreicher umweltzerstörender Staudämme. Einschüchterungsversuche gegenüber der Zivilgesellschaft begannen schon in frühen Jahren mit der verzerrenden Wirkung von regierungsnahen Organisationen, die sich als zivilgesellschaftlich ausgeben, aber unabhängig von ihrem Wirkungskreis (Frauenrechte, Belange von Jugendlichen und Kindern, Gewerkschaften) weitgehend im Sinne der Regierung handeln.¹⁵ Seit den Gezi-Protesten von 2013 und besonders nach dem Putschversuch vom 15. Juni 2016 stuft das AKP-Regime die organisierte, regierungsunabhängige Zivilgesellschaft weitgehend als staatsfeindlich

12 Berk Esen, *The Opposition Alliance in Turkey – A Viable Alternative to Erdoğan?*, SWP Comment, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2022.

13 Orçun Selçuk / Dilara Hekimci, *The Rise of the Democracy – Authoritarianism Cleavage and Opposition Coordination in Turkey (2014–2019)*, in: *Democratization*, Jg. 27, Nr. 8 (2020), S. 1.496–1.514.

14 Zur Entstehung des Sechsertisches siehe auch: Jens Bastian, *Die Türkei vor wegweisenden Wahlen*, in: *SOM 01 / 2023*, S. 43–54.

15 Bilge Yabancı, *Turkey's Tamed Civil Society – Containment and Appropriation under a Competitive Authoritarian Regime*, in: *Journal of Civil Society*, Jg. 15, Nr. 4 (2019), S. 285–306; Bilge Yabancı, *Work for the Nation, Obey the State, Praise the Ummah – Turkey's Government-oriented Youth Organizations in Cultivating a New Nation*, in: *Ethnopolitics*, Jg. 20, Nr. 4 (2021), S. 467–499.

ein. Zahlreiche AktivistInnen und Mäzene der Zivilgesellschaft sind aufgrund ihrer Unterstützung der Gezi-Proteste seit Jahren inhaftiert, allen voran der Philanthrop Osman Kavala, Gründer einer bemerkenswerterweise weiterhin tätigen kulturellen Organisation in Istanbul. Inhaftiert wurden außerdem Mitglieder der Istanbulischen Architektenkammer, die sich gegen eine Überbauung des Taksim-Platzes und den profit-orientierten Städtebau des AKP-Regimes stellen.¹⁶ Trotz der damit einhergehenden Restriktionen hat sich die Zivilgesellschaft aber weder in ein „inneres Exil“ zurückgezogen, noch verlor sie ihre politische Schlagkraft. Vielmehr hat sie ihr „aktivistisches Kapital“ durch intelligente Strategien und insistente Mobilisierung vermehren können.¹⁷

Besonders die Frauenbewegung ist eine „Triebfeder des gesellschaftlichen Wandels“ und ein Korrektiv zur konservativen Sozialpolitik der AKP;¹⁸ aber auch eine der wenigen Nischen, in denen politische Mobilisation nach 2016 öffentlich sichtbar geblieben ist. Die regelmäßigen Protestaktionen zum Weltfrauentag und die großen Kundgebungen gegen den von Erdoğan im Alleingang herbeigeführten Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im März 2021 sowie der damit einhergehende Anstieg von Gewaltdelikten gegen Frauen und Angehörige der LGBTQ-community führten zu einer neuen Welle zivilgesellschaftlichen Widerstandes. Das Aufleben der zivilgesellschaftlichen Teilhabe wurde besonders nach dem verheerenden Erdbeben vom 6. Februar 2023 sichtbar. Während staatliche Akteure und staatsnahe Organisationen wie der Rote Halbmond durch ihre späte und unzureichende Präsenz im Katastrophengebiet auffielen, waren es zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Gewerkschaften und ad hoc geformte Bürgerinitiativen, die in den entscheidenden Stunden nach dem Erdbeben zur Stelle waren.¹⁹

Widerstand im Staatsapparat

In einer vielbeachteten Studie untersucht der Anthropologe Erol Sağlam, wie Bürokratien sich trotz autokratischer Zwänge gegenüber den Machthabern behaupten können. Während des Ausnahmezustands nach dem Putschversuch von 2016 wurden mehr als 120.000 Beamtinnen und Beamten auf der Grundlage von Anschuldigungen und Denunziationen entlassen.

Die bisher untersuchten, relativ dauerhaften Strukturen und Akteure – demokratisches Erbe, politische Parteien und Oppositionskoordination, Zivilgesellschaft und Widerstand im Staatsapparat – sind Faktoren einer demokratischen Resilienz, die eine Autokratisierung verlangsamten und teilweise zurückdrängen. Nicht weniger bedeutend sind die aktuellen Krisen und der Machtverlust des AKP-Regimes auf kommunaler Ebene, welche die internen Schwachstellen des Regimes bloßlegten und somit als Korrektiv zu einer weiteren Machtkonzentration in den Händen des „Super-Präsidenten“ fungieren.

16 *Emre Turkut*, Osman Kavala v Turkey: Unravelling the Matryoshka Dolls, in: *European Human Rights Law Review*, Nr. 3 (2020), S. 289–297.

17 *Özge Zihnioğlu*, Strategizing post-protest Activism in Abeyance – Retaining Activist Capital under Political Constraint, in: *Social Movement Studies*, Jg. 22, Nr. 1 (2023), S. 122–137.

18 *Burcu Karakaş*, Treibkraft des gesellschaftlichen Wandels – Frauenbewegung in der Türkei, Potsdam: Friedrich-Naumann-Stiftung, 2021, www.freiheit.org/de/tuerkei/treibkraft-des-gesellschaftlichen-wandels-frauenbewegung-der-tuerkei

19 *Hürcan Aslı Aksoy / Salim Çevik*, Political and Economic Implications of the Turkish Earthquakes – Centralisation of Power has Eroded State Capacity, SWP Comment, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2023, www.swp-berlin.org/publications/products/comments/2023C19_TurkishEarthquakes.pdf

Akute Problemlagen als Hindernis einer autokratischen Konsolidierung: Die Krisen des AKP-Regimes und die Macht der Kommunen

Die sich spätestens seit 2018 abzeichnende und sich seitdem stetig verschärfende Wirtschaftskrise ist der bedeutendste Faktor, der den Machtanspruch des AKP-Regimes untergräbt. In den ersten Regierungsperioden hielt sich die AKP an die mit dem Internationalen Währungsfonds abgesprochenen Vereinbarungen, welche die Wirtschaftsentwicklung in eine kompromisslos neoliberale Richtung lenkten. Gleichzeitig sorgte eine international anerkannte Führungsriege im Wirtschaftsministerium, in der Zentralbank und in der Bankenaufsicht für ein großzügiges Vertrauen internationaler Finanzmärkte und ein hohes Maß an Direktinvestitionen aus dem Ausland. Dieses positive wirtschaftliche Umfeld ermöglichte den AKP-Regierungen, trotz einer aggressiven Privatisierung öffentlicher Güter zeitgleich auch in die Verkehrs-, Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur zu investieren. Die unumgehbaren Verarmungseffekte neoliberaler Wachstumsstrategien konnten daher fast zwei Jahrzehnte unter Kontrolle gehalten werden.

Die Doppelstrategie einer neoliberalen Wachstumspolitik und expandierender Sozial- und Infrastrukturleistungen wurde mit der Einführung des Präsidialsystems 2018, der De-facto-Aufhebung der Unabhängigkeit der Zentralbank und der Konzentration der Entscheidungsmacht in den Händen Erdoğan's aufgegeben. Zeitgleich verließen Wirtschaftseliten wie Ali Babacan und Mehmet Şimşek, die als Garanten einer im Sinne westlicher Markterwartungen geführten Wirtschaftspolitik galten, die AKP. Die folgende, oft als „unorthodox“ bezeichnete Währungspolitik, die das mit dem Erdoğan-Regime symbiotisch verbundene und zum Leitsektor erkorene Baugewerbe besonders stützen sollte, basierte auf artifiziell niedrig gehaltenen Zinsen.²⁰ Auch der Exportsektor, der seine internationale Wettbewerbsfähigkeit aufgrund eines günstigen Lira-Kurses zumindest kurzfristig konsolidieren konnte, wurde durch diese Strategie gestärkt. Die Insistenz auf niedrigen Zinsen wurde begründet mit dem (andernorts durchaus verhandelbaren) islamischen Zinsverbot und dem Trugschluss, dass die Inflation nur mit niedrigen Zinssätzen gesenkt werden kann.

Diese Verkehrung wirtschaftswissenschaftlicher Grundsätze führte, wie erwartet, zu einem massiven Wertverlust der Türkischen Lira und zu einer Inflationsrate von über 100 Prozent: Für den Zeitraum April 2022 – April 2023 kommt das staatliche Institut für Statistik, TÜİK, das seine Reputation über die Jahre vollständig verloren hat, auf circa 50 Prozent, während unabhängige Institute wie die Inflationsforschungsgruppe ENAG eine Teuerung von 105 Prozent festhalten.²¹ Einher damit gehen sichtbare Verarmungseffekte besonders in der unteren Mittelschicht, der ein Abstieg in die Armut unmittelbar bevorsteht. Wiederholte Anpassungen des Mindestlohns, der die Lohngrundlage für die Hälfte aller Beschäftigten in der Türkei darstellt, haben den inflationären Druck weiter angefeuert, sodass eine Familie in Großstädten wie Istanbul, die auf nur einen Mindestlohn angewiesen ist, noch nicht an Hunger leidet, aber weit unter der Armutsgrenze eingeordnet wird.²²

20 Refet Gürkaynak / Burçin Kısacıkoğlu / Sang Seok Lee, Unorthodox Monetary Policy Leads to Rising Inflation and a Depreciating Currency – A Cautionary Tale from Turkey, in: Economic Policy, Nr. 76 (2022), www.economic-policy.org/wp-content/uploads/2022/10/Gurkaynak_et_al_full_paper.pdf

21 Siehe: <https://enagrup.org>

22 Aziz Çelik / Deniz Beyazbulut / Zeynep Kandaz, Asgari Ücret Gerçeği 2023 Araştırması (Untersuchung zu den wahren Umständen des Mindestlohns 2023), Istanbul: DİSK Araştırma Merkezi, 2022, <https://arastirma.disk.org.tr/?p=9502#:~:text=DİSK%2DAR%27in%20Salgın%20Günlerinde,Araştırması%2D2021%20başlıđı%20ile%20oyayımlandı>

Das Erdbeben vom 6. Februar 2023 und der teilweise Verlust der Deutungshoheit des Regimes

Während die Auswirkungen des wirtschaftlichen Abwärtstrends nur mittelfristig sichtbar werden und durch staatliche wie zivilgesellschaftliche Hilfsleistungen zumindest teilweise abgeschwächt – beziehungsweise durch das Regime diskursiv umgedeutet – werden können (die Wirtschaftskrise als eine angeblich von externen Akteuren herbeigeführte Verschwörung gegen die Türkei), sind Naturkatastrophen wie das Erdbeben von Kahramanmaraş eine schwer beherrschbare Herausforderung für autoritäre Regierungen. Aufgrund der Bündelung der Entscheidungsmacht in nur wenigen Händen oder sogar in nur einer Hand sind solche Systeme oft sehr schwerfällig in ihrer Reaktion auf unvorhergesehene Ereignisse. Oft scheitern sie an den Erfordernissen eines effektiven Katastropheneinsatzes und verlieren, wenn auch nur vorübergehend, die Deutungshoheit über das Geschehen.

Für das AKP-Regime war das Erdbeben vom 6. Februar 2023 in der Tat ein größter anzunehmender Unfall, der den mühsam geformten AKP-Diskurs der „Türkei als starker Staat und führende Wirtschafts- und Militärmacht“ mit einem Schlag ad absurdum führte. Die fehlende Führungsrolle Erdoğan's in den ersten 24 Stunden, seine Entscheidung, die Armee nicht flächendeckend einzusetzen sowie der misslungene Katastropheneinsatz staatlicher Rettungskräfte und staatsnaher Organisationen legten die Funktionsweise eines Herrschaftsapparates offen, der sich als unfähig erwies, lebensrettende Entscheidungen zu treffen. Vor dem Präsidialsystem wären diese Entscheidungen dank Kooperations- und Handlungsprotokollen zwischen staatlichen Agenturen automatisch getroffen worden. Tatsächlich waren es in den entscheidenden 48 Stunden vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen, Ad-hoc-Initiativen sowie die Einsatzkräfte oppositioneller Stadtverwaltungen, gefolgt von internationalen Rettungsteams, die mit den Bergungsarbeiten begannen.

Das Präsidium für Katastrophen- und Notfallmanagement (AFAD) entstand 2018 unter Federführung des Innenministeriums im Kontext der Einführung des Präsidialsystems aus dem erzwungenen Zusammenschluss verschiedener öffentlicher Rettungsorganisationen. In Abwesenheit einer Weisung aus dem Präsidialpalast war AFAD nach dem Beben vom 6. Februar 2023 zuerst nicht in der Lage, vor Ort einzugreifen. Aber auch nach Eintreffen der Weisung erwiesen sich Teile der AFAD-Struktur nicht nur als unfähig, sondern behinderten teilweise ausländische Rettungskräfte, um sich selbst als spektakuläre Retter hervorzutun. Die Haltung des „Türkischen Halbmonds“ (Türk Kızılayı), Mitglied des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, führte schließlich zu einem öffentlichen Aufschrei. Schon vorher durch Korruptionsfälle auffällig geworden, verkaufte die Organisation in den ersten Tagen nach dem Beben Zelte für Erdbebenopfer über Marktpreis an die NGO „Ahbap“, die von der ersten Stunde an in der Erdbebenregion aktiv war und anderweitig keine Zelte auffinden konnte.²³ Dank der Arbeit investigativer Journalisten wurde Kızılay, einst eine international anerkannte Hilfsorganisation, als eine von fachfremden Erdoğan-Loyalisten geführte und weitgehend auf gewinnbringende Aktivitäten spezialisierte Schein-NGO entlarvt.²⁴

Trotz umgehender Versuche, den Nachrichtenfluss aus der Katastrophenregion zu steuern, gelang es der Regierung über mehrere Tage hin nicht, die unabhängige Berichterstattung durch oppositionelle Medien und Graswurzel-JournalistInnen einzudämmen. Besonders

23 Duvar, Turkish Red Crescent Admits Selling Tents to Charity AHBAP on 3rd Day after Quake, 2023, www.duvarenglish.com/turkish-red-crescent-admits-selling-tents-to-charity-ahbap-on-3rd-day-after-quake-news-61924

24 Barış Terkoğlu, Binali Bey'in bulanık işleri (Die undurchsichtigen Angelegenheiten des Herrn Binali), in: Cumhuriyet, 1.5.2023, www.cumhuriyet.com.tr/yazarlar/baris-terkoglu/binali-beyin-bulanik-islari-2076730

zynisch war hier das Unterfangen der Regierung, kurz nach dem Erdbeben eine Sperre über Twitter zu verhängen, um „aufwiegelnde Berichterstattung“ zu unterbinden. Zwar wurde diese nach mehreren Stunden wieder aufgehoben. Aufgrund dieser Sperre verloren aber Hunderttausende von Verschütteten vorübergehend ihren Kontakt zur Außenwelt. Die Bilder zerstörter Innenstädte und von Überlebenden, die vor eingestürzten Wohnhäusern auf die Rettung ihrer Angehörigen hofften, waren auch in den staatlichen und regimenahen Fernsehprogrammen zu sehen. Die mit religiösen Untertönen gefärbte Umdeutung des Erdbebens zu einer unvorhersehbaren Naturkatastrophe wurde bald um das Narrativ einer „heroischen Wiederaufbauleistung“ erweitert, hat aber die Deutungshoheit des AKP-Regimes nicht vollständig wiederherstellen können. Nur ein gutes Drittel der Bevölkerung – in der großen Mehrheit AKP-Wählerinnen und Wähler – war im Folgemonat des Erdbebens davon überzeugt, dass die Regierung mit ihrem Katastropheneinsatz erfolgreich war.²⁵ Erfolgreicher war allerdings das Wiederaufbauprogramm, das HauseigentümerInnen relativ günstige Kredite zur Verfügung stellt und für viele Menschen in der Erdbebenregion letztendlich den Ausschlag gab, weiterhin die AKP-Regierung und Erdoğan zu unterstützen.

Die Kommunalverwaltungen der Opposition als alternative Machtzentren

Neben der Dysfunktionalität des AKP-Regimes brachte das Erdbeben den Rettungs- und Wiederaufbaueinsatz derjenigen Stadtverwaltungen in den Fokus, die seit der Kommunalwahl vom März 2019 von der Republikanischen Volkspartei regiert werden. Die Großstadtverwaltungen von Istanbul, Izmir und Ankara waren schon in den ersten Tagen des Erdbebens stark in der Erdbebenregion präsent und oft sehr viel effektiver als staatliche Akteure. Antakya (das antike Antioch) und Iskenderun wurden von der Zentralverwaltung besonders stark vernachlässigt. Diese Region wurde erst 1939 Teil der Türkischen Republik und zeichnet sich durch eine ethnische und religiöse Vielfalt aus, die es in dieser Form im Rest des Landes nicht mehr gibt. Besonders die politisch nach links tendierenden, arabisch-sprachigen Alawis (auch Nussairer), aber auch die zahlreichen christlichen Gemeinden dort gelten für Teile des AKP-Regimes als unerwünschte Bevölkerungsgruppen. Verstärkt wird dies durch den Umstand, dass unter den Alawis in Hatay die Sympathie für den syrischen Staatspräsidenten Assad keine Ausnahme ist. Hier übernahm die Großstadtverwaltung von Istanbul die Koordination der Hilfsdienste und organisierte innerhalb von zwei Tagen eine Transportkette, die in Istanbul gesammelte Hilfsgüter zeitnah nach Antakya lieferte. Der Aufbau einer Brotfabrik, die Versorgung mit Trinkwasser und der Bau von Zeltstädten und Latrinen erfolgte zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt, als dies bei staatlichen Akteuren der Fall war.

Diese bemerkenswerte Leistung der CHP-Stadtverwaltungen kam nicht von ungefähr. Vielmehr regiert die Opposition seit dem Wahlerfolg der Republikanischen Volkspartei bei den Kommunalwahlen von 2019 die Mehrheit der führenden Industriestädte der Türkei. Trotz Budgetkürzungen, Verschleppungstaktiken und Behinderungen der Zentralregierung tun sie dies mit vielbeachtetem Erfolg. Die Großstadtverwaltungen von Istanbul und Ankara zeichnen sich durch innovative Sozialprojekte aus, die besonders der von der Wirtschaftskrise in die Armut gedrängten unteren Mittelschicht zugutekommen. Es ist diesen Kommunen gelungen, dem sozial-konservativen Diskurs des AKP-Regimes eine Lokalpolitik entgegenzusetzen, die besonders auf die Stärkung von Frauen und Jugendlichen ausgerichtet ist, aber nicht mehr durch die Restriktionen des kemalistischen Staatslaizismus bestimmt ist. Dank des städtischen Fernsehprogramms wird dieser politische Gegenentwurf zur AKP-

25 Evren Balta / Hatem Ete, *Türkiye’de Toplum-Siyaset-Devlet İlişkisine Bakmak* (Perspektiven auf die Beziehungen zwischen Gesellschaft-Politik-Staat in der Türkei), Ankara: Ankara Enstitüsü, 2023.

Politik täglich von mehreren Millionen Fahrgästen in Bussen, Bahnen und auf Fähren wahrgenommen.²⁶

Die Bedeutung von Stadtverwaltungen für das Erstarren der Opposition kann nicht unterschätzt werden. Sie dienen als Kadenschmieden, in denen Oppositionspolitiker und -politikerinnen oft zum ersten Mal Regierungsverantwortung übernehmen. Für eine Generation von Aktivistinnen und Aktivistinnen, viele davon politisiert während der Gezi-Proteste, aber auch für die Wählerinnen und Wähler ist die Arbeit der oppositionellen Stadtverwaltungen ein Lackmustest für das politische Programm der Opposition und ihrer Regierungsfähigkeit auf nationaler Ebene.

Die Türkei nach den Wahlen

Ein Drittel der Wählerinnen und Wähler unterstützt weiterhin die AKP. Knapp 50 Prozent sprechen sich weiterhin für Präsident Erdoğan aus. Dieses Stratum umfasst die in der AKP-Ära entstandene konservative Mittelschicht, Wähler der Unterschicht in den sozial-benachteiligten Außenbezirken der westlichen Großstädte sowie weite Teile der ländlich geprägten Regionen in Zentralanatolien und dem Schwarzmeergebiet. Hinzu kommen islamische Bruderschaften und Netzwerke, ein Großteil der eingebürgerten syrischen MigrantInnen (mit ca. 250.000 Wahlstimmen) und die Mehrheit der Auslandstürken in Ländern mit alleingesessenen Diasporagemeinden wie in Deutschland, Österreich und Frankreich.

Eine Mehrheit in diesem Stratum betrachtet die aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemlagen durch das Prisma des Herrschaftsdiskurses des AKP-Regimes. Ähnlich wie die Wählerschaft Donald Trumps bewegen sich Erdoğan-Loyalisten in einer Welt der post-faktischen Politik, die ihnen die Teilhabe an einem islamisch-türkischen Herrschaftstraum verspricht und zumindest einem Teil von ihnen über Klientelnetzwerke ein kleines Maß an persönlichem Vorteil oder Hilfeleistungen zugutekommen lässt. Ein weiterer Teil hält an der Erwartung fest, dass Erdoğan mit seiner langjährigen Regierungserfahrung letztendlich fähiger ist, Großvorhaben wie den schnellen Wiederaufbau in der Erdbebenregion umzusetzen. Auf dieses Stratum hat weder die in diesem Beitrag erörterte strukturelle Dysfunktionalität des Präsidialsystems noch das damit verbundene Scheitern des Staates während des Erdbebens einen entscheidenden Einfluss. Das – allerdings beschädigte – Charisma Erdoğan's, das Verlangen nach Anerkennung und die Abhängigkeit von Transferleistungen sind hier ausschlaggebend und werden auch in Zukunft politische Entscheidungen bestimmen.

Für den Rest, also für knapp die Hälfte der Wählerschaft hingegen ist das Erdoğan-Regime kein Hoffnungsträger mehr. In den weder fairen noch freien Präsidentschaftswahlen vom 14. Mai 2023 kam Erdoğan zwar auf gut 49 Prozent der Stimmen, verfehlte aber die erforderlichen 50 Prozent für eine Wiederwahl. Dass Kemal Kılıçdaroğlu trotz vehementer Wahlmanipulation knapp 45 Prozent auf sich vereinen konnte, ist bemerkenswert. Sechs Prozent entfielen zudem unerwartet auf den nationalistischen Anti-Einwanderungskandidaten Sinan Oğan. In den Parlamentswahlen verlor die AKP über sieben Prozent, allerdings wanderten diese Stimmen nicht zur Opposition, sondern zu Erdoğan's Koalitionspartnern wie der Nationalistischen Aktionspartei MHP. Die resultierende Zusammensetzung des Parlaments deutet auf einen unübersehbaren Rechtsruck hin.

26 Kerem Öktem, Dilemmas of Subnational Democracy under Authoritarianism – Istanbul's Metropolitan Municipality, in: Social Research, Band 88 (2022), S. 501–537.

Ein Regierungs-, gar ein Regimewechsel durch Wahlen ist in kompetitiv-autoritären Systemen nicht wirklich vorgesehen und ist auch in der Stichwahl vom 28. Mai nicht erfolgt. Ob die Türkei den Weg zurück in die Demokratie findet, wird sich nicht mit einer Wahl entscheiden. Ob die Opposition 2028 die Macht übernehmen und das über zwei Jahrzehnte gewachsene Erdoğan-Regime mit einer zukunftsfähigen demokratischen Grundordnung ersetzen kann, hängt von einer Vielzahl interner und externer Faktoren ab, beginnend mit der Belastbarkeit des aus ideologisch disparaten Parteien bestehenden Sechsertisches. Hier sind einige Neubesetzungen und Umordnungen zu erwarten: Kemal Kılıçdaroğlu wird sich wohl nicht mehr lange als Parteivorsitzender halten können. Auch die Zukunft der kleineren Parteien des Sechsertisches sind ungewiss. Die Re-Fragmentierung einer demoralisierten Opposition ist durchaus möglich.

Auch die Haltung der Europäischen Union wird eine Rolle spielen. Anders als im Falle des EU-Türkei-Abkommens von 2016, welches das Erdoğan-Regime in einem entscheidenden Moment großzügig unterstützte, ist die EU gefragt, auf demokratischen Prinzipien zu bestehen und besonders die von der Opposition geführten Stadtverwaltungen zu unterstützen, die bereits im März 2024 zur Wiederwahl anstehen. Unabhängig von den sich verschärfenden wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisen der Türkei lehnt aber ziemlich genau die Hälfte der Bevölkerung weiterhin ein totalitäres Herrschaftssystem resolut ab. In der nahen Zukunft wird die demokratische Resilienz der Türkei harte Proben überstehen müssen; es ist aber unwahrscheinlich, dass die diskutierten strukturellen Faktoren, welche die Autokratisierung bisher verlangsamt haben, obsolet werden.